

# Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 06 66 846-48 ppbn d

## Inhalt

Georg Schlaga MdB zur  
Problematik der Verkehrs-  
beziehungen mit den RGW-  
Staaten.

Seite 1/2

Heinz Kreuzmann MdB:  
Hessens SPD weiß, was für  
sie bei den Landtagswahl-  
en dieses Herbstes auf  
dem Spiel steht.

Seite 3

Reinund Seidelmann, IUSY-  
Vizepräsident, zeigt die  
Dilemmas der Jungen Union  
in der gesamteuropäischen  
Jugendarbeit auf.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer  
PresseDienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 60 / 29. März 1978

Opposition will sich in Erfolge der Bundesregierung  
hineinmogeln

Verhandlungen über die Verkehrsbeziehungen mit den RGW-  
Ländern

Von Georg Schlaga MdB  
Mitglied des Verkehrsausschusses des Bundestages

Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages hat sich am 8. März mit den Verkehrsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und den RGW-Staaten befaßt und in einer Entschliesung gegen die Stimmen der Opposition die von der Bundesregierung ergriffenen Initiativen begrüßt. Die Problematik der Verkehrsbeziehungen mit den RGW-Ländern ist zur Zeit Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Sowjetunion und ebenfalls Thema intensiver Beratungen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft. Ziel der Verhandlungen mit den RGW-Staaten ist, für das deutsche Verkehrsgewerbe einen ausgewogenen Anteil im bilateralen Verkehr mit den RGW-Ländern zu erreichen und eine Verdrängung deutscher Verkehrsunternehmen aus Verkehren der Bundesrepublik mit dritten Ländern zu verhindern.

Der Gütertransport zwischen den RGW-Ländern und der Bundesrepublik und umgekehrt wird in den letzten Jahren zunehmend in einem unverhältnismäßig hohen Anteil von den Transportmitteln der RGW-Staaten vorgenommen. Die deutschen privaten Transportunternehmen fühlen sich dadurch zu Recht benachteiligt. Besonders gravierend ist das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik. Hier liegt der Frachtrafenanteil des deutschen privaten Transportgewerbes bei lediglich 1,5 Prozent. Die Bundesregierung hat diese Problematik seit Jahren erkannt und auch entsprechend gehandelt: Bereits 1975 hat sie einen entsprechenden Problemerkatalog zusammengestellt und diesen auch mit der Konferenz der Verkehrsminister der Länder beraten.

In einem Antrag, der jetzt auch dem Auswärtigen Ausschuß zur Mitberatung vorlag, fordert die CDU/CSU-Fraktion die Bundesregierung auf, Regelungen mit den RGW-Staaten herbeizuführen, die zur Sicherung einer ausgewogenen und damit gerechteren

Beteiligung der Verkehrsunternehmen der Bundesrepublik am bilateralen Verkehr mit den RGW-Staaten führen. Mit diesem Antrag rennt die CDU/CSU-Fraktion nicht nur offene Türen ein, weil die Verhandlungen darüber längst im Gange sind, sondern sie stört auch den laufenden Verhandlungsgang und hat auch vielleicht die Absicht, dies zu tun.

Denn im Januar 1978 haben erneut Verhandlungen auf Regierungsebene zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion in Bonn stattgefunden. Themen der Verhandlungen waren u.a. Straßenbenutzungsgebühren, die Angleichung an KfZ-Steuer-Tarifsätze, evtl. ein Verzichtsabkommen dazu; Forderung nach Verbesserung des Verkehrsanteils von Transportunternehmen der Bundesrepublik, die Ermöglichung von Rückfrachten, Hilfeleistung bei Pannen, schnelle Ersatzteilbeschaffung, Verminderung der Wartezeiten an der Grenze u.a..

Außerdem hat die Bundesregierung in der EG die Initiative zur Lösung dieses Problems ergriffen. Im Juni dieses Jahres wird der Ministerrat darüber befinden, in welcher Weise er ein abgestimmtes Vorgehen der neun EG-Staaten gegenüber den RGW-Staaten durchzusetzen gedenkt.

Die Bundesregierung weiß sich dem privaten Transportgewerbe nicht nur verpflichtet, sondern will es in ihrem Anliegen intensiv unterstützen. Deswegen finden noch vor der Sommerpause Verhandlungen des Bundesverbandes des Güterfernverkehrs und des Bundesverbandes Spedition und Lagerei mit entsprechenden sowjetischen Gremien über Einzelfragen der Regierungsverhandlungen vom Januar statt. Im Herbst werden erneut Verhandlungen auf Regierungsebene folgen. Ebenfalls im Dezember wird die Regierung, zusammen mit Vertretern der deutschen Reeder und der verladenden Wirtschaft, die Problematik im Seeverkehr mit der Sowjetunion erörtern und Lösungen finden.

Während also die Regierung längst handelt, versucht die CDU/CSU den Eindruck zu erwecken, dem deutschen Verkehrsgewerbe würde durch Schuld der Bundesregierung Schaden zugefügt. Die Opposition ist also wieder einmal mehr dabei ertappt worden, wie sie sich in die Erfolge der Bundesregierung hineinmogeln will.

(-/29.3.1978/ks/ben)

+ + +

Diese Karte sticht !  
-----

Holger Börners Chancen bei den hessischen Landtagswahlen sind gut

Von Dr. Heinz Kreutzmann MdB

Mit einem Stimmenergebnis wie es Georg August Zinn zu seinen besten Zeiten erringen konnte, wählten Hessens SPD-Delegierte Anfang März Holger Börner zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl. Nichts macht deutlicher als diese Abstimmung, wie sehr man bei den hessischen Sozialdemokraten begriffen hat, was bei der Landtagswahl im Oktober auf dem Spiele steht. Nach dem verheerenden Ergebnis der Kommunalwahlen im März des vergangenen Jahres, das der Partei erhebliche Verluste in ihren kommunalen Bastionen vor allem im südhessischen Raum gebracht hat, schart man sich um den wuchtigen und soliden Mann aus Kassel, weil man weiß, daß diese Karte sticht.

Börner hat nicht nur die HELABA-Affäre vom Tisch gebracht. Die Bank steht heute in schwarzen Zahlen. Er hat den Streit um Rahmenrichtlinien und Schulpolitik weitestgehend neutralisiert, wenn auch die Opposition noch immer versucht, normale Schwierigkeiten im Schulwesen, wie sie potenziert auch in allen CDU-regierten Ländern vorhanden sind, hochzuputschen, um auf dieser Welle mit dem abgedroschenen Rezept von 1974 erneut zum Erfolg zu kommen. Der neue Ministerpräsident hat aber auch noch andere Trumpfkarten in seiner Hand: Hessen hat die niedrigste Schüler-Lehrer-Relation unter allen Flächenstaaten. Weniger als 24 gegenüber 25 in Rheinland-Pfalz und 28 in Schleswig-Holstein. Bei den Gymnasien sind es sogar nur 17,9 Schüler auf einen Lehrer. Die Gesamtausgaben für die berufliche Bildung wurden von 288,7 Millionen DM im Jahre 1975 auf 380,6 Millionen DM im Jahre 1978 erhöht. Das hessische Bruttosozialprodukt liegt um 1,184 DM im Jahresdurchschnitt höher als der Bundesdurchschnitt. Die Arbeitslosenquote ist um 0,6 Prozent niedriger als der Bundesdurchschnitt. Der Investitionshaushalt des Landes stieg um 600 Millionen DM und versucht, den Bundesprogrammen zusätzliche Impulse zu geben.

Vor dem Hintergrund dieser Tatsachen hat es die Union schwer gegen eine Landesregierung zum Zuge zu kommen, die so gut wie keine Angriffspunkte bietet. Alfred Dregger, Hessens stets in Bonn residierender Oppositionsführer, von dem jeder weiß, daß er nach höheren Würden außerhalb Hessens strebt, versucht es daher mit Demagogie, auch wenn er sich zeitweise zur Täuschung der liberalen Wähler als ein Wolf im Schafspelz gibt. Mit Sprüchen wie: Die Bundesregierung schone die Terroristen und schröpfe die Rentner, mit Forderungen, die Bundesregierung müsse wegen der auf unterer Ebene verursachten Pannen bei der Schleyer-Verfolgung zurücktreten, versucht er die Tatsache zu verschleiern, daß die Union in Hessen mit leeren Händen antritt. Noch mehr aber bemüht er sich zu verbergen, daß die Hessen-Wahl über seine politische Karriere entscheidet. Dregger ist 58 Jahre alt. Schafft er es diesmal nicht bei der Landtagswahl in Hessen, dürften auch seine Blümenträume in Bonn nicht reifen. Ein geschlagener Dregger dürfte dort sicherlich kaum noch Kohl gefährlich werden können.

Börners Chancen, Dregger auch weiterhin auf den Bänken der Opposition festzuhalten, stehen jedoch günstig. Er kann nicht nur fest mit den Stimmen der SPD-Wähler rechnen. Meinungsbefragungen zeigen, daß selbst 62 Prozent der FDP-Wähler Börner Dregger als Regierungschef vorziehen, für den sich nur 18 Prozent der FDP-Wähler ausgesprochen haben. Im übrigen weiß man auch in Hessen, wie entscheidend das hessische Wahlergebnis für die Entwicklung in Bonn ist. Man wird sich daher danach richten!

(-/29.3.1978/ks/ben)

### Die Dilemmas der Jungen Union

---

Auch in der gesamteuropäischen Jugendarbeit im Abseits

Von Reimund Seidelmann

Vizepräsident der Internationalen Union der Sozialistischen Jugend (IUSY)

Die Junge Union hat in der letzten Zeit wiederholt die Jungsozialisten wegen ihrer Rolle und ihren Forderungen nach militärischer Entspannung in der Ost-West-Jugendarbeit angegriffen. Sie verwendet dabei die alten Strategien der CDU/CSU, nämlich Personalisierung, Schwarz-Weiß-Malerei, Kommunistenthysterie und Emotionalisierung statt nüchterner, rationaler und sachlicher Auseinandersetzung ohne Preisgabe der eigenen Identität mit den osteuropäischen Jugendorganisationen. Indem die Junge Union ausgerechnet dabei die Jungsozialisten angreift, aus schriftlichen Redetexten nur das heraus- und hineinliest, was ihr politisch opportun und pressewirksam erscheint, und jede inhaltliche Auseinandersetzung auf den internationalen Konferenzen scheut, verrät sie ihre eigenen Dilemmas. Jeder Ablenkungsversuch dieser Art macht sie umso deutlicher.

Das erste Dilemma der Jungen Union ist, daß sie in ihren eigenen internationalen Organisationen isoliert ist. Verbal beansprucht sie die Führung, real aber ist sie ein Hemmschuh. Obwohl Christdemokraten und Konservative die Vorbereitungen für die "Jugend-KSZE" in Warschau 1976 mitgetragen hatten, setzte die Junge Union kurz vor Beginn dieses Treffens aller europäischen Jugendorganisationen durch, daß die Europäischen Christdemokraten und Konservative ihm fernblieben. Grund dafür war neben bundesrepublikanischen Wahlkampfüberlegungen die Tatsache, daß die Junge Union innerhalb ihrer eigenen Internationale sich rechts außen befindet und vor einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit den kommunistischen Jugendverbänden zurückschreckte.

Das zweite Dilemma der Jungen Union ist, daß sie diese Auseinandersetzung auch nicht führen kann. Auf Initiative von Sozialisten (IUSY), Liberalen (CFLRY) und dem Rat der Europäischen Nationalkomitees für Jugendarbeit (CENYC) sind die gesamteuropäischen Jugendkonferenzen und Seminare verinhaltet worden. Seit 1975 hat diese Koalition insbesondere im Bereich der politischen und militärischen Entspannung konkrete Forderungen vorgetragen, internationale Konferenzen und Treffen zu diesen Themen durchgesetzt und dabei ihre Vorstellungen mit den kommunistischen Jugendverbänden zum Teil außerordentlich kontrovers diskutiert. Dies setzt konkrete

Konzepte und Strategien über diese Themen voraus. Mit Ausnahme der pauschalen Menschenrechtsforderung gegen die osteuropäischen Länder hat die Junge Union keine eigene Meinung zur politischen und militärischen Entspannung in Europa, geschweige denn ein eigenes Konzept. So muß sie in den Diskussionen immer wieder auf deutschlandpolitische Vorstellungen von Adenauer oder auf die These, allein die UdSSR sei für den Rüstungswettlauf verantwortlich, zurückgreifen. Damit kann sie aber die Teilnehmer bei internationalen Konferenzen weder überzeugen noch konkreten Diskussionen standhalten.

Das dritte Dilemma der Jungen Union ist, daß ihre Internationale Organisation erst seit 1977 wieder in die Ost-West-Jugendzusammenarbeit zurückgekehrt ist. Sie hat dabei nicht bemerkt, daß seit ihrem selbstverschuldeten Ausscheren die Zusammenarbeit zwischen den westlichen und östlichen Jugendverbänden vorangeschritten ist. Dazu gehören vertrauensbildende Maßnahmen, inhaltlich kontroverse, aber sachbezogene Diskussionen und die Übereinkunft, anstatt sich allein in Konflikt zu üben, mehr nach Gemeinsamkeiten und Perspektiven zu suchen. Alle großen internationalen Organisationen haben darauf hingearbeitet, den Konservativen und Christdemokraten eine Rückkehr zur Ost-West-Arbeit zu ermöglichen, ohne daß sie ihr Gesicht verlieren. Wie jede andere Organisation hatten und haben sie eine faire Chance zur Selbstdarstellung und aktiven Diskussionsteilnahme erhalten. Die Junge Union legt dies als Schwäche aus und ignoriert, daß innerhalb ihrer internationalen Organisationen ein Lernprozeß eingesetzt hat. Ohne die eigenen Standpunkte aufzugeben, kann und muß man sich in der Ost-West-Zusammenarbeit akzeptieren und respektieren.

Dies klingt auch in der abschließenden Stellungnahme der Jungen Union zur Europäischen Jugend- und Studentenabrüstungskonferenz in Budapest 1978 an und relativiert ihre Angriffe hier in der Bundesrepublik. Eine Mitarbeit auf internationaler Ebene erfordert aber von der Jungen Union, auf Neokonservatismus und der Inhaltslosigkeit in Ihren eigenen Reihen eine Absage zu erteilen, eigene Analysen und Lösungsvorschläge einzubringen und sich für die Verwirklichung aller KSZE-Grundsätze einzusetzen. Ein Nachvollzug der CDU/CSU-Politik reicht dazu nicht aus. Angriffe auf Personen können auf Dauer eigene Substanz- und Perspektivlosigkeit nicht verschleiern. Wer die Internationale Jugendzusammenarbeit mitbestimmen will, muß konkrete, auf die Interessen der Jugendlichen bezogene Inhalte und Forderungen entwickeln, er muß bereit sein, andere Standpunkte zu kritisieren, aber ihre Existenzberechtigung akzeptieren und nach Gemeinsamkeiten suchen.

(-/29.3.1978/ks/ja)